

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindelfstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berlin und Angelegenheiten der Geschäftstagszeit 9-5 Uhr

Verlag: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindelfstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Endkampf um die Steuergesetze.

Ein neues Kompromiß über den Finanzausgleich.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung stand an erster Stelle die dritte Beratung der Steuerentwürfe.

Präsident Loh teilte den Beschluß des Kabinetts mit, wonach bei der dritten Beratung jeder Fraktion eine Redezeit von insgesamt drei Stunden zugewiesen wird.

Abg. Koenen (Komm.) protestiert gegen diese Kontingentierung der Redezeit, während

Abg. Müller-Franken (Soz.) unter großem Lärm der Kommunisten den Vorschlag des Kabinetts unterstützt.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Vorschlag des Kabinetts angenommen.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schleien leitet die dritte Beratung ein mit Ausführungen, in denen er die große Bedeutung des jetzt vor dem Abschluß stehenden Steuerwertes betont.

Dieses Wert bezweckt den Abbau der aus schwerster wirtschaftlicher Not herausgedorenen Steuern und den Uebergang zu einer normalen Steuerwirtschaft. Die finanzpolitische Verantwortung für das Weiterleben eines Millionenvolkes gestattet uns nicht, bei der Gestaltung des Steuerrechts nur an ein kurzes Jahr zu denken.

Das System muß vielmehr so festgelegt und so entwicklungsfähig sein, daß es auch in den kommenden Jahren schwerer Lasten nicht verlagert. Das heißt nicht Theaurierungspolitik, sondern lediglich vorsichtige Finanzpolitik. (Beifall rechts.)

Das Gesetzgebungsrecht regelt im Finanzausgleich auch das steuerliche Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. An der Quotenverteilung der großen Ueberwälzungssteuern muß ich unbedingt festhalten, aber von dem aufrichtigen Willen geleitet, den Wünschen der Länder entgegenzukommen, und ihnen die Sorge um ihren Haushalt und die Sicherstellung ihrer kulturellen und sozialen Aufgaben soweit zu erleichtern, als es vom Standpunkt des Reiches möglich ist, habe ich mich bereit erklärt.

den Gedanken der Garantie für das Steueraufkommen der Länder weiter auszubauen.

Das Reich will jetzt die Garantie übernehmen sowohl für das Aufkommen aus der Umsatzsteuer als auch für die Gesamtsumme der Steuern. Dem dahin gehenden neuen Kompromißvertrag der Regierungsparteien stimmt die Regierung zu. Wenn jetzt dieses große Steuerreformgesetz abgeschlossen wird, so verdienen alle diejenigen Dank, die trotz aller Zweifel mit dem Blick auf das große Ziel es erreicht haben, daß hier ernste und sachliche Arbeit geleistet worden ist für den weiteren Wiederaufbau unseres Vaterlandes. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Herß (Soz.):

Im Gegensatz zu der Auffassung des Reichsfinanzministers sehen wir in dieser Steuerreform nicht das Ergebnis sachlicher Notwendigkeit, sondern parteipolitischer Vereinbarungen, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, damit man nicht erfahre, welcher Kaufpreis den einzelnen Teilhabern des Geschäfts gezahlt wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialisten, Beifall rechts.)

Trotzdem nicht zu erwarten ist, daß entscheidende Veränderungen noch durchzuführen sind, ist es doch notwendig, kurz unsere Stellung zu dem ganzen Werk darzulegen. Die ursprüngliche Vorlage der Regierung trug einen rein plutokratischen Charakter. Die heutige Vorlage sieht etwas anders aus, den Anstrengungen der Opposition ist es gelungen, wenigstens kleine Milderungen an der Lohnsteuer und eine geringfügige Senkung der Umsatzsteuer zu erreichen. Der Charakter der Gesetze selbst ist unverändert geblieben, es bleibt bei der Belastung der Massen und des Massenverbrauchs.

Die Bildung großer Vermögen soll begünstigt, die Bildung kleinerer Vermögen erschwert werden. Früher als alle anderen Parteien hat die Sozialdemokratie die Notwendigkeit einer Stabilisierung des Staats eingeesehen und sie war bereit, die dafür notwendigen Opfer zu bringen. Auch heute noch ist die Stabilisierung des Staats die Grundvoraussetzung für jede Finanzreform. Aber diese Steuerentwürfe gehen weit über die Erfordernisse einer vorsichtigen Finanzpolitik hinaus. Nach der vom Reichsfinanzministerium jetzt vorgelegten Aufstellung werden die Erträge aus der Einkommensteuer, insbesondere aus der Lohnsteuer, ebenso aus den Verbrauchssteuern und Zöllen weit unterschätzt, dagegen die aus den Vermögens- und Körperschaftsteuern überschätzt. Die zu geringe Schätzung der Massen- und Verbrauchssteuern ist ein Zeichen dafür, daß die Regierung nicht zugeben will, die Massenbelastung im Sinne unserer Forderungen zu ermäßigen. Die Gesamteinnahmen des Reichs sind auf 6,350 Milliarden geschätzt, davon entfallen auf Lohn- und Umsatzsteuer, Zölle, Verbrauchsabgaben und Beförderungssteuer 4,584 Milliarden. Alle sonstigen Steuern zusammen sollen nur 1,767 Milliarden erbringen. (Beifall: Hörst, Hörst! bei den Sozialdemokraten.)

Das heißt also, während im Jahre 1924 die Massensteuern 70 Proz. erbracht haben, wird ihr Anteil jetzt noch wesentlich überschritten. (Hörst, Hörst!) Dieses Bild wird noch ungünstiger, wenn man dazu die Einnahmen der Länder und Gemeinden rechnet, besonders aus der Hauszinssteuer, die noch eine weitere Belastung der Massen bringen werden. In Wirklichkeit ist die Aufstellung des Reichsfinanzministers nicht richtig, die Erträge aus der Massenbesteuerung werden weit über das vorgezeichnete Maß hinausgehen. Deshalb muß ich wiederholen, was ich bereits in der 2. Lesung gesagt habe: „Kein Land der Welt hat eine so unsoziale Steuerreform wie Deutschland.“ (Beifall: Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jetzt kann man dieses Befundurteil noch dahin verschärfen:

Nicht der Reichtum wird besteuert, sondern die Armut. Auf die von mir in der 2. Lesung aufgestellte Berechnung, wonach die Lohn- und Gehaltsempfänger im Durchschnitt 83 M., die übrigen Steuerzahler nur 71 M. zu zahlen haben, bin ich bis heute ohne Antwort geblieben. Das muß ich heute durch eine andere Art der Berechnung noch einmal unterstreichen. Das Volkseinkommen wird auf 44 Milliarden geschätzt, davon sind 30 Milliarden Arbeitseinkommen, sonstige Einkommen 14 Milliarden. Diese 30 Milliarden Arbeitseinkommen haben 1800 Millionen Steuer zu tragen, sind also mit 4,3 Proz. belastet, die 14 Millionen sonstigen Einkommen tragen nur 400 Millionen, sind also nur mit 2,8 Proz. belastet. (Hörst, Hörst! bei den Sozialisten.) Die bisherige Begünstigung des Großvermögens hat fortgesetzt werden. Durch die Steigerung der Lohnsteuer sind der

Ruhrindustrie bereits viele Dutzende Millionen Mark entgegengebracht worden. Die gesamte Landabgabe wurde in voller Höhe der Landwirtschaft zurückgezahlt. Die Ruhrindustrie ist durch die Zahlung der 715 Millionen besonders begünstigt worden. Dieser Tage ist eine neue Aktion erfolgt.

den großen Landwirten ist jetzt ein Geschenk von 75,6 Millionen aus der Reichskasse gemacht worden.

Es handelt sich um folgendes: Die Rentenbank hat der Reichsbank 1200 Millionen für Kreditgewährung überlassen. Nach einer Vereinbarung sollte die Reichsbank mit sieben Zehnteln, die Rentenbank mit drei Zehnteln am Zinsgewinn beteiligt werden. Jetzt aber wird mitgeteilt, daß die Reichsbank zugunsten der Rentenbank auf diese sieben Zehntel verzichte und daß ihr die Summe von 75,6 Millionen aus Reichsmitteln zurückgezahlt werden soll. (Beifall: Hörst, Hörst! bei den Soz.)

Ich frage den Reichsfinanzminister, auf welcher gesetzlichen Grundlage ist dieses Abkommen abgeschlossen worden? Wäre es nicht seine Pflicht gewesen, dem Parlament davon Kenntnis zu geben? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir erwarten seine Antwort und behalten uns entsprechende Schritte vor.

Wir sind an die Beratung der Steuerreform nicht in der Erwartung herantreten, daß wir innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bei den steuerlichen Maßnahmen sozialistische Prinzipien verwirklichen könnten. Ein sozialistisches Steuerprogramm würde zur Voraussetzung haben, keine Besteuerung des Arbeitseinkommens, soweit nicht eine ausreichende Existenz gesichert ist, keine Besteuerung des notwendigen Massenverbrauchs. Nach der augenblicklichen politischen Kräfteverteilung waren wir uns darüber im Klaren, daß diese sozialistischen Grundzüge nicht durchzuführen waren. Aber es wäre manches zu erreichen gewesen, wenn das Zentrum nicht eine entscheidende Wendung in seiner Haltung vorgenommen hätte. Das unglückselige Zollbündnis, das das Zentrum eingegangen ist, hat diese Möglichkeit verhindert. Der Redner verweist auf einen Artikel des Zentrumsabgeordneten Adam Röder, in dem ausgeführt wird, daß man keine Angst vor der Besteuerung des Besitzes haben dürfe, um die Belastung der Arbeiterschaft zu erleichtern. Bei unseren Forderungen haben wir uns darauf beschränkt, in diesem Sinne zu arbeiten.

Wir verlangten die Erhöhung des steuerfreien Einkommens bei der Lohnsteuer auf 100 M., wir wandten uns gegen neue Verbrauchssteuern und verlangten die Herabsetzung der bereits bestehenden. Wir forderten die Begrenzung der Mieten auf 100 Proz. der Friedenshöhe. Vor allem forderten wir die Besteuerung der Inflationsgewinne.

Das sind alles Forderungen, die auch vom Zentrum aufgestellt worden sind. Der Redner verliest eine Eingabe der Christlichen Gewerkschaften aus dem März dieses Jahres, in der wörtlich dieselben Forderungen gestellt worden sind, und deren Erfüllung aus staatspolitischen Gründen als unumgänglich bezeichnet wurden. Die Sozialdemokratie hat bei all ihren Arbeiten keine Forderung gestellt, die nicht sachlich berechtigt und durchführbar war. Sie befindet sich dabei in voller Uebereinstimmung mit den proletarischen Anhängern der Zentrumspartei. Wenn uns entgegengehalten wird, daß diese Forderungen nicht auf einmal verwirklicht werden könnten, so stelle ich fest, daß, abgesehen von untergeordneten Zugeständnissen, auch nicht eine von unseren Forderungen verwirklicht worden ist.

Das Zentrum hat ursprünglich erklärt, daß es sich gegenüber dem Rechtsblock Reserve auferlegen wolle. Jetzt aber hat der Rechtsblock einen Sieg errungen, wie er es in seinen kühnsten Träumen nicht zu hoffen gewagt hat. Die Absicht, noch einen Zentrumsabgeordneten in das Kabinett zu nehmen, hat große Ähnlichkeit mit dem Verhalten der Deutschnationalen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen jetzt noch einmal den Versuch unternehmen, die schlimmsten Gefahren für die Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwehren. Wir haben uns in unseren Anträgen auf das Mindeste beschränkt, was erfüllt werden muß. Die unausbleiblichen Folgen dieser Steuerreform müssen sein eine gewaltige Steigerung der Produktionskosten der deutschen Wirtschaft, eine Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit, eine Hemmung des Inlandsabsetzes. Die zu erwartende gewaltige Leertüte und Erschwerung der Existenz der arbeitenden Massen ist nicht, wie behauptet wird, eine Folge der Gefundungskrise, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, sondern

eine Folge jener Wirtschaftspolitik, die an die Stelle des Schutzes der Menschen den Schutz des Profits setzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dieser Steuerreform geht jeder Hauch des sozialen Geistes, der in der Eingabe der christlichen Gewerkschaften als die Voraussetzung eines nationalen Aufstieges bezeichnet wird. Jetzt wird auch der Sinn der Erklärungen der Herren Luther und Stresemann den Massen klar werden, wonach die Wirtschaftspolitik nicht mit der Sozialdemokratie neu geordnet werden könne. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie haben die außenpolitische Neuorientierung mit der Linken gemacht, die Neuorientierung der Finanzen und der Wirtschaft soll mit der Rechten gegen die Arbeiterklasse herbeigeführt werden. Das heißt nichts anderes,

daß die Lasten aus dem Dawesgutachten vom Volke getragen werden sollen, während die Gewinne von der Bourgeoisie beansprucht werden.

Sie (nach rechts) stehen jetzt vor der Vollendung des wichtigsten Teils Ihres Wertes. Sie wollen jetzt Ihre Ernte gegen den Widerstand des deutschen Volkes in die Scheuer bringen. Wer ich sage Ihnen noch im letzten Augenblick: „Wer Wind ist, wird Sturm ernten.“ (Beifall: Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Fischer-Röttgen (Dem.) erinnert daran, daß er früher schon die Berechnungen des Reichsfinanzministers als unrichtig nachgewiesen habe. Er verlangt eine klare Darstellung der Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Demokraten halten es für überflüssig, bei der Haltung der Regierungsparteien neue Anträge einzubringen, sie lehnen die Vorlagen ab.

Abg. Koenen (Komm.) erklärt, daß die Regierung die Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer freiwillig entlastet habe. Von einer Rot der Großgrundbesitzer und des Bankkapitals könne man nicht sprechen, nur gewisse Industriezweige seien nicht mehr konkurrenzfähig.

Mittelstandsretter am Pranger.

Mittelstandspolitik und Schutzzoll.

Zu dem eisernen Bestand der rechtsbürgerlichen Wirtschaftspolitik gehört die ständige Ankündigung, daß der gewerbliche Mittelstand, die selbständigen Erzeugnisse in Handwerk und Handel geschützt und gefördert werden müßten. Wie wenig diese programmatische Ankündigung mit der tatsächlich durchgeführten Wirtschaftspolitik übereinstimmt hat sich noch bei jeder Gelegenheit herausgestellt, wo große Wirtschaftspragen zur Entscheidung standen. Immer und immer wieder sind dann in den Rechtsparteien die Interessen der „hohen“ Politik, das heißt also die großkapitalistischen und großagrarischen Interessen in politischer Verkleidung, auf das brutalste über die Wünsche der Mittelständler hinweggegangen, und selbst vor einem offenen Bruch gegebener Versprechungen und Zusagen hat noch im entscheidenden Moment keine Partei zurückgeschreckt, wenn es galt, die Vorteile der Klasse gegenüber den nebelhaften Ideologien vom „selbständigen Mittelstand“ durchzusetzen.

Die sogenannte kleine Zollvorlage, welche jetzt im Reichstag zur Behandlung steht, hat wiederum Gelegenheit dazu gegeben, die Taktik der Rechtsparteien gegenüber ihren mittelständlichen Freunden klarzulegen. Wir sehen ganz davon ab, daß in dem Augenblick, wo durch die Erhöhungen der Lebensmittelpreise eine Verminderung in der Kaufkraft der gesamten Bevölkerung eintritt, der gewerbliche Mittelstand in doppelter Beziehung höchst ungünstig betroffen wird: nämlich einmal als Konsument, aber andererseits vielleicht noch empfindlicher dadurch, daß seine Abnehmer, die einen größeren Teil ihres Einkommens für den Lebensmitteleinkauf verwenden müssen, in ihrer Kaufkraft empfindlich geschädigt werden. Es soll hier nur davon ausgegangen werden, daß der gewerbliche Mittelstand nicht in seiner Eigenschaft als Konsument oder als Verkäufer von Waren und Leistungen, sondern bereits als Produzent durch die Zölle aufs schwerste belastet wird, ohne andererseits auch nur die geringsten Vorteile dagegen einzukaufen. Freilich ist es nicht so, daß irgendein Einzelzoll besonders schwer in die Bedeutung fällt, erst durch die Häufung der sehr vielen kleinen verteuerten Posten, welche die Zollvorlage mit sich bringt, entsteht die so ungünstige Wirkung. Man geht vielmehr, um dies einmal recht deutlich darzustellen, davon aus, daß zunächst einmal nahezu alle Handwerkszweige ziemlich einheitlich durch die Vertueuerung des Handwerkszeugs betroffen werden: Hämmer und Zangen, Ähren, Fellen, Rohre, Sägen, Messer, Binden, Schraubstöcke, Schraubschlüssel und das gesamte Handwerkszeug, das im einzelnen aufzuführen zu weit gehen würde, wird zunächst einmal durch die Vertueuerung von Stahl und Eisen, wie sie im deutsch-französischen Eisenvertrag vereinbart werden soll, betroffen, und im weiteren noch einmal durch die speziell auf dieses Handwerkszeug gelegten Zölle, die übrigens auch Spaten, Schaufeln und Hacken, Gabeln und nahezu alle landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen erneut treffen. Wo wir dann weiter den Zolltarif aufschlagen, — überall finden wir Waren genannt, welche für irgendwelche Handwerkszeuge von der größten Bedeutung als Rohmaterialien oder Hilfsstoffe sind. Die deutsche Bäckerei ist, um ein schmachhaftes und ansehnliches Brot herstellen zu können, auf die Beimischung ausländischer Ware, sei sie nun als Getreide oder als Mehl eingeführt, angewiesen, besonders in feuchten Jahren, wo die Qualität zumal des deutschen Weizens sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Bäcker werden also durch die Getreide- und die Mehlszölle aufs schwerste betroffen. Auch für den kleineren Müller, der in der Mehrzahl der Fälle noch nebenbei Händler ist, bedeutet die Vertueuerung der Auslandsware durch den Zoll durchaus keine Erleichterung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern nur eine Erschwerung seiner Stellung gegenüber der Großmüllerei und dem Großhandel. Außerdem werden dem kleinen Müller, der noch nicht Walzenstühle stehen hat, sondern auf den alten Mühlsteinbetrieb angewiesen ist, die Steine durch die Zölle verteuert.

Eine der Gruppen, welche am schwersten von den neuen Zöllen getroffen werden, ist das Baugewerbe, für das eine Vertueuerung von Zement, Mauersteinen, Kalk und Schiefer eintritt. Der vielbelagte Baumaterialienwucher wird durch die neuen Zölle also geradezu unterstützt und verewigt! Ähnlich empfindlich ist die Belastung der Steinmetzbetriebe durch die Zölle, die auf die ausländischen Rohstoffe gelegt werden. Das betrifft sowohl die feineren künstlerischen Gewerbe, als auch die einfachen Pfasterbetriebe. Für die Tischlerei bedeuten die Zölle, welche auf die wichtigsten Materialien des Außenanstrichs und fast alle Grundstoffe für den Innenanstrich, sowohl die Farben als auch die Lösungsmittel, gelegt werden, eine empfindliche Vertueuerung ihrer Materialien, welche sich ohne Zweifel in einem Rückgang der Aufträge auswirken wird. Gerberei- und Färbereibetriebe werden gleichfalls durch die Zölle auf ihre Roh- und Hilfsstoffe belastet, und es wird ihnen die Möglichkeit genommen, wichtige Spezialartikel, deren Einfuhr aus dem Ausland immer notwendig gewesen ist, zu verwenden.

Bei einer ganzen Reihe von Waren tritt, ähnlich wie bei dem Handwerkszeug, eine Vertueuerung ein, die nicht ein bestimmtes Gewerbe oder Handwerk, sondern die Gesamtheit dieser Berufe, den einen mehr, den anderen weniger, trifft: wir nennen hier Laue, Seile, Stride, Bindfäden, Curie, Schläuche, Treibriemen, Leim, Holzwohle, Pappe und Papier,

Asbest, Draht. Andere Waren, die durch den Zoll verteuert werden sollen und die gleichfalls für eine ganze Reihe von Gewerben wichtig sind, sind die verschiedenen Glaswaren, aber vor allem auch die Textilstoffe, Garne, Tuche und Gewebe, Filze und Saftstoffe. Es wäre verkehrt, diese Verteuerungen nur als Belastung des Schneidgewerbes und der Konfektion anzusehen: tatsächlich betreffen sie, wie z. B. auch die Verteuerung von Feindraht und Drahtstiften (Nägeln) nahezu jedes Gewerbe und jeden Beruf. Ein gutes Beispiel, um sich die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zölle vor Augen zu führen, ist die Aufzählung aller Materialien, die beim Hausbau, bei der Anlage der Baugrube und der Verbindung mit der Kanalisation, der Straßenpflasterung usw. an bis zur letzten Fensterscheibe, bis zum letzten Leitungsdraht und Gasrohr, ja selbst bis zur Möblierung und Tapezierung, also der Innenausstattung, verwandt werden: es fehlt in der Zollvorlage eigentlich keine Ware, die für irgendeinen Arbeitsprozess hier Bedeutung haben könnte, sei es als Hilfsmaterial oder als endgültig verbautes oder sonstwie verwendetes Material. Es liegt auf der Hand, daß durch die vielen kleinen Momente, die hier zur Verteuerung beitragen, im Endeffekt doch eine recht erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung, für welche die Baukosten ja immer (schon als Ausgangspunkt für die Wohnungsmieten!) wichtig sind, eintreten muß.

Nehmen wir noch hinzu, um nur ein paar zufällige Beispiele zu nennen, daß die Holzölle Möbelschleierei und Kafferei, daß die Zölle auf Papier und Chemikalien das Photographengewerbe, daß die Zölle auf Gewebe, Leinwand, Photographensteine, Kautschukplatten und Papier die Berufstätigkeit des Gewerbes schwer betreffen, und daß insbesondere alle Installations- und Montagebetriebe von den verschiedensten Seiten her durch die Zölle (Werkzeuge, Maschinenteile, Kautschukwaren, Rohre, einfacher und bespinner Draht usw.) dazu auch auf Fahrzeuge und -teile eine Belastung erfahren, so ergibt sich mit voller Deutlichkeit, wie denn nun der Mittelstandschuh der Rechtsparteien in einem Augenblick, wo es aufs praktische Handeln und nicht nur aufs Reden ankommt, wirklich beschaffen ist! Besonders deutlich aber wird die gewissenlose Art, mit welcher seitens jener Parteien die neuen, „politischen“ Zölle gegen den Widerstand der Linken durchgedrückt werden sollen, durch die Tatsache, daß selbst jene Handwerksvertreter, deren Namen unter Protestschreiben gegen die Zölle standen, die dem Reichstag zugesandt wurden, in den entscheidenden Ausschüßberatungen absolut parteifromm mit ihren Freunden von der Rechten für die Zollerhöhung der Regierungsvorlage ihre Stimme abgegeben haben!

Das Kompromiß zum Finanzausgleich.

Die Garantien für das Aufkommen aus Umsatz- und Einkommensteuer.

Das Kompromiß zum Finanzausgleich liegt nunmehr vor, nachdem der Reichsfinanzminister es heute morgen im Plenum des Reichstags ankündigte. Nach den Beschlüssen in zweiter Lesung bestimmte der entscheidende § 3a zum Finanzausgleichsgesetz folgendes:

Um die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) instandzuhalten, ihre Aufgaben besonders auf sozialem und kulturellem Gebiet zu erfüllen, werden den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden), wenn sich ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insgesamt in den Rechnungsjahren 1925 und 1926 je auf weniger als 2100 Millionen Reichsmark belaufen, die daran fehlenden Beträge aus Mitteln des Reichshaushaltes, insbesondere aus dem Aufkommen der nichtversteuerten Verbrauchsabgabe, zur Verfügung gestellt werden.

Das neue Kompromiß fügt nun folgenden Absatz hinzu: Wenn sich in einem der beiden Rechnungsjahre 1925 und 1926 der Anteil der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) an der Umsatz-

steuer aus einem geringeren Aufkommen als 1500 Millionen Reichsmark berechnet, so wird den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) der fehlende Betrag auch dann zur Verfügung gestellt werden, wenn ihre Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer insgesamt die im ersten Absatz bezeichnete Höhe erreichen oder überschreiten.

Die Länder und Gemeinden haben also erreicht, daß ihnen eine Mindestbeteiligung an der Umsatzsteuer garantiert wird für den Fall, daß die Umsatzsteuer zusammenkrumpft. Die Begrenzung der Garantie auf 1500 Millionen Mark fällt weg, es besteht also die Möglichkeit, daß die Beteiligung der Länder und Gemeinden über 2,1 Milliarden hinauskommt, selbst wenn die Umsatzsteuer zurückgeht.

Zentrum und Rechtsregierung.

Eine Erklärung der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion veröffentlicht eine Erklärung zur Frage des Eintritts eines weiteren Zentrumsministers in das Kabinett Luther. In dieser Erklärung heißt es:

„Der Reichsanwalt Dr. Luther hat die Befragung des Ministeriums im ersten Stadium der betreffenden Ausschüßverhandlungen vor mehreren Monaten ein einziges Mal mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, dem Abgeordneten Fehrenbach, besprochen. Hierbei ist aber weder von dem Reichsanwalt, noch von dem Abgeordneten Fehrenbach darauf abgezielt worden, das bisherige Verhältnis der Zentrumsfraktion zur Regierung durch die Ernennung eines Zentrumspartamentariers konstruktiv zu ändern. Seitdem haben keine weiteren Verhandlungen über diese Angelegenheit zwischen der Reichsregierung und der Zentrumsfraktion stattgefunden. Irrend ein Zusammenhang zwischen dieser Frage und der rein sachlichen Einstellung der Fraktion zu den großen Gesetzesvorlagen der Reichsregierung besteht nicht und hat niemals bestanden.“

Die Stellung der Zentrumsfraktion zur Regierung Luther wird sich auch weiterhin nach rein sachlichen Gesichtspunkten bestimmen. Die Fraktion unterstützt als staatsbehaltende Partei, die sich niemals der Verantwortung entziehen hat, die Außen- und Innenpolitik der Reichsregierung, solange diese in der politischen Linie des Zentrums liegt. Eine sachliche Begründung, diese Stellung im Sinne einer stärkeren Bindung der Fraktion an die Regierung Luther zu ändern, liegt nicht vor. Die Fraktion erachtet die Entscheidung über die hauptamtliche Befragung des Rheinministeriums als zurzeit nicht dringlich.“

Die „Germania“ fügt hinzu, es bestehe kein Grund, die Haltung des Zentrums zum Kabinett Luther zu ändern, weder nach der positiven noch nach der negativen Seite. Die konstruktive Verrückung des Verhältnisses wird also vertagt — sachlich ist durch die Allianz des Zentrums mit den Schutzinteressenten die Bindung an die Rechtsregierung enger geworden.

Völkische Diätenfreunde.

Ludendorff, Straffer & Co.

Zu den Reichsführern der Deutschvölkischen gehört neben Erich Ludendorff der Apotheker Straffer aus Landshut in Bayern. Beide Herren sind Parlamentarier besonderer Art. Erich Ludendorff ist seit den Dezemberwahlen nur einige Male im Reichstag gewesen und wurde zum letzten Male bei der Vereidigung Hindenburgs gesehen. Die Reichstagsdiäten, die bekanntlich ein Aufwandsgeld für parlamentarische Betätigung sein sollen, läßt er sich für Nichtstun und als Zuschuß zu seiner Generalspension in die Heimat senden.

Noch etwas gründlicher befragt das Diätenschindeln sein Freund und Kollege Straffer. Der hatte sich für Monate wegen Krankheit beurlauben lassen. Bei Vorlage eines entsprechenden Attestes erhalten die Abgeordneten, die an den Sitzungen wegen Krankheit nicht teilnehmen können, die Diäten ungekürzt. Nachdem Straffer montags im Reichstagsbureau als krank gemeldet war, machte ein deutschnationaler Ab-

geordneter die Reichstagsverwaltung darauf aufmerksam, daß dieser schwerkranke Straffer in Bayern herumtuschiere, um Agitationsversammlungen für seine Partei abzuhalten. Der Reichstagspräsident ließ ihm nun schreiben, daß ihm nicht nur die Diäten gesperrt würden, sondern daß er auch die zu Unrecht erhaltenen Diäten zurückzahlen müsse.

Nun wurde Herr Straffer innerhalb 24 Stunden gesund. Er eilte nach Berlin, wo er zwar den Tatbestand zugeben mußte, trotzdem aber nur mündlich und schriftlich bei der Reichstagsverwaltung schnorrt, doch den Diätenabzug möglichst gnädig zu machen.

Ein echt völkischer Mann kann bekanntlich keinen Reichstag leiden, aber die Diäten nimmt er gern, auch wenn er krank ist...

Arbeiterjugendtag in Hamburg.

Die Delegationen sammeln sich.

Hamburg, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Bereits der heutige Vormittag steht ganz im Zeichen des Arbeiterjugendtages. Die Bezirke der Arbeiterjugend tragen reichen Schmuck. In den von der Arbeiterjugend eingerichteten Verkaufsstellen für Straßenschmuck war die Nachfrage so groß, daß der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden konnte. Die Straßen Hamburgs sind bereits belebt durch die zahlreichen Trupps der Jugend, die bei herrlichem Wetter die Stadt besichtigen.

Donnerstag abend traf die schwedische Delegation ein, der mehrere hundert Jugendliche einen begeistertsten Empfang bereiteten. Freitag morgen, kurz vor 7 Uhr, lief der erste sächsische Sonderzug ein, der Jugendliche aus den Bezirken Leipzig, Zwickau, Thüringen und Halle brachte. Im Zug befand sich auch die Delegation der deutschen sozialistischen Jugend in der Tschechoslowakei. Kurz nach 9 Uhr brachte ein zweiter Sonderzug die österreichischen Teilnehmer, unter denen sich auch die österreichischen Teilnehmer befanden. Die Jugendlichen rückten in geschlossenen Zügen, die reich mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückt waren, in ihre Quartiere ab, wo sie von der begeistertsten Bevölkerung empfangen wurden.

Die Lage des Stinnes-Konzerns.

Gesamtverpflichtungen 180 Millionen.

Die Gesamtverpflichtungen des Stinnes-Konzerns sind bisher, wie die „Frankfurter Zeitung“ mittelst, erheblich zu niedrig angegeben worden. Die Kreditorensomme von 180 Millionen Mark dürfte dem Stand der Dinge nahekommen. Diese Verpflichtungen sind nur zu decken, wenn der gesamte alte Familienbesitz der Firma Stinnes, also die westlichen Steinkohlenzechen und das Stammhaus, das Mülheimer Kohlenhandelsgeschäft, mit in Rechnung gestellt werden. Von den 180 Millionen sind auf Grund der bisherigen Veräußerungen 40 Millionen abgedeckt worden. Es bleibt also eine Restverschuldung von 140 Millionen.

Das bisher dem Stinnes-Konzern gehörige Aktienpaket der Riebeck-Montanwerke ist von einem Konsortium übernommen worden, an dem die Badische Anilin- und Sodafabrik führend beteiligt ist. Die Majorität der Hugo Stinnes-Riebeck-DeL.G. ist in den Besitz der Riebeck-Montanwerke übergegangen.

Hoersch bei Briand.

Vorbereitung für London.

Paris, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Außenminister empfing am Donnerstag den deutschen Botschafter von Hoersch zu einer längeren Unterredung über die allgemeinen zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen. Vor allem wurde die Passfrage und das Problem der Abklärung verhandelt.

Als Präsident des Deutschen Katholikentages, der im August in Stuttgart stattfinden wird, ist der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold in Aussicht genommen.

Neue Wunder der Chemie.

Das Profitstreben des Kapitals hat, besonders wenn es unter dem Druck einer Wirtschaftskrise neue Beschäftigungsfelder suchen mußte, wiederholt revolutionisierende Taten in der Technik geboren, und diese Taten wirkten weiter nicht nur auf die Gestaltung der Produktion selbst, sondern auf die ganze soziale Verfassung der Völker. Die Kapitalisten können sich nicht genug darin tun, zu behaupten, daß solche umwälzenden Erfindungen nur im Kapitalismus und durch ihn möglich seien. Tatsache ist, daß die Großtaten der Technik dem Fortschrittsstreben von Wissenschaftlern oder der ausdauernden Tätigkeit von Angestellten zu verdanken sind, die aus ihrer Erfindung keine oder doch nur ganz geringen Nutzen zogen, während der Löwenanteil dem kapitalistischen Unternehmer zufloß. Manche Bahnbrecher der Technik starben in Armut. Das Werk jedoch, das sie schufen, wurde zur Quelle ungeheurer Bereicherung derer, die es zu nutzen verstanden, und wurde in neuerer Zeit oft ein Anknüpfung zu jener Zusammenballung des Kapitals, die wir heute in den Konzentrationen beobachten.

Das konnten wir in den letzten Jahren an der chemischen Industrie erleben, die in Deutschland einen geradezu unerhörten Aufstieg genommen hat. Deutsche medizinische Präparate wie Salvarsan, waren während der Sturmzeit der Inflation internationale Valuta, man nahm sie oft an Stelle von Banknoten mit ins Ausland. Andere Erzeugnisse der Pharmazie, so wie das erst vor kürzlicher Zeit erfindene Mittel gegen die Schlafkrankheit „Germanin“ gelangten sofort nach ihrer Entdeckung zu internationaler Berühmtheit. Jeder Krankenkasienpatient, der heute fabrikmäßig hergestellte Tabletten bekommt, die vor einem Menschenalter noch vom Apotheker mühsam und teuer zusammengerührt wurden, empfindet heute die Wirkungen jener gigantischen Organisation, die sich der Farbenherstellung, der Herstellung von Säuren und aller möglichen chemischen Stoffe und Verbindungen bemächtigt hat.

Noch ist in aller Erinnerung die Entstehung der Massenherstellung von künstlichem Stickstoff aus der Luft nach dem sogenannten Haber-Verfahren. Der Sprengstoffbedarf des blockierten Deutschlands legte den Grund zu der Ausmühung einer Erfindung, deren Wirkung auf die Friedenswirtschaft geradezu phantastisch war. In den Salzwerken Chiles wurde vor dem Kriege der Salpeter gewonnen, der den Meeres in seiner Extraktionsfähigkeit verdreifacht, der aus einem Morgen Land mehrere macht. Heute wird der Stickstoff aus der Luft gewonnen, in sauberen riesigen Maschinenhallen; und dieser künstlich hergestellte Stickstoff ist billiger als der, den uns die Mutter Erde bietet. Fast undenkbar ist erst kürzlich wieder eine solche umwälzende Erfindung in den Banntreibern der kapitalistischen Produktion getreten. Die Amerikaner sperrten sich mit einem hohen Schutzzoll gegen die Einfuhr von deutschem Methanol. Die deutsche chemische Industrie durchkreuzte diese Politik mit einem einzigen Zuge: sie wandte ein Produktionsverfahren an, das es ermöglicht, den Methanol trotz der Einfuhrschranke Amerikas noch um ein Viertel billiger zu liefern, als ihn die Amerikaner herstellen konnten.

Eine ähnliche Revolutionisierung bereitet sich jetzt auf dem Gebiet der Delignierung vor, und die kapitalistische Presse weiß

bereits darüber zu berichten. Hat sie Erfolg, dann eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten auf einem Gebiete, das heute eine Quelle schwerster sozialer Not ist. Hunderttausende von Bergarbeitern sind von der Arbeitslosigkeit bedroht, nachdem schon viele Zehntausende ihre Beschäftigung verloren haben. Wir haben zwei Kohle. Da ging vor einigen Wochen durch die englische Presse die Meldung, man habe ein Verfahren erfunden, das ohne Vergalung die Gewinnung von Oelen aus der Kohle ermöglicht. Bisher konnte man das nur auf dem kostspieligen und energieverzehrenden Wege der Verwandelung von Kohle in Gas. Die englische Meldung, die den Ansehens erweckte, als wenn es sich um ein britisches Patent handelte, erwies sich als falsch. Die Erfindung ist tatsächlich gemacht worden, aber von einem deutschen Chemiker, Dr. Bergius in Rheinau bei Mannheim. Bis vor kurzem befand sie sich erst noch im Versuchsstadium und von da bis zu einer Auswertung in der Massenproduktion ist noch ein weiter Weg. Man denke nur daran, daß der mechanische Webstuhl schon einmahl zweieinhalb Jahrhunderte früher erfunden wurde, als ihn die Wirtschaft gebrauchen konnte und daß er damals von den Händlern verbrannt wurde. Gleichzeitig mit Dr. Bergius haben aber auch andere an der Aufgabe gearbeitet, die Kohle zu zerlegen und aus ihr Leuchtöle — das sind die benzolartigen Kohlenöle, wie sie heute im Dieselmotor, im Automotor und in ähnlichen Kraftquellen verwendet werden — zu gewinnen, ohne sie dem Vergalungsprozess auszuliefern. Es wird jetzt bekannt, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik ihrerseits erfolgreiche Versuche gemacht hat, die auf die Massenherstellung von Leuchtölen aus Kohle abzielen und die, wenn die Pressemeldungen stimmen, nicht weit davon entfernt sind, auch der praktischen Anwendung für eine Massenherstellung den Weg zu ebnen. Gelingt das, so würden wir kein Bergius aus dem Ausland mehr brauchen, der Kohlenverarbeitung wären gewaltige Möglichkeiten erschlossen und damit auch dem Bergbau, der heute unter dem Druck der Krise vor dem Zusammenbruch steht oder mindestens vor einer Neuorganisation, die wieder Zehntausende von Arbeitskräften ihres Brotes beraubt. Es wäre nicht einmal ausgeschlossen, daß auch Leuchtöle exportiert werden können, zumal heute infolge der steigenden Verwendung von Leuchtölen im Schiffsverkehr, im Automobilverkehr und in der Industrie bereits eine gewisse Knappheit an diesem Material zu verzeichnen ist. Diese wäre dann überwunden und ein neuer Produktionsweg erschlossen, dessen Früchte wohl für einige Zeit vorwiegend dem Profitinteresse des Unternehmers zugute kommen mögen, nicht aber auf die Dauer; denn die wachsende Macht der organisierten Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß aus dem steigenden Ertrag der deutschen Produktion auch ein wachsender Anteil den in der Produktion tätigen Arbeitern und Angestellten gesichert wird.

Vom Güterzug zum Förderband.

Überall dort, wo große Mengen gleichartigen Materials auf kurzen Strecken zu transportieren sind, ist die Anlage einer ununterbrochenen Leistungsmöglichkeit vorteilhafter als die Beförderung mit Eisenbahnzügen oder Seilsehwebebahn. Wir kennen heute zwei Möglichkeiten einer solchen zuglosen Beförderung: Rohrleitungen für Oele und Bandanlagen für feste Mineralien. Während die Rohrleitungen in Rumänien von den Delfeldern nach Constanza am Schwarzen Meer sich schon seit Jahren vorteilhaft bewährten, ebenso eine Reihe von ähnlichen

Anlagen in Europa und Amerika, ist die Beförderung der Kohle oder anderer Mineralien am Band bisher nirgends über den Raum einer einzigen Fabrik oder Umladestelle hinausgegangen. Die Verwaltung der Kohlengruben von Monongahela in Pennsylvania haben hierin einen Fortschritt geschaffen, indem sie eine Strecke von fast 7 Kilometer Länge mit Hilfe von 20 Förderbändern überwindet. Jedes Band ist 1,2 Meter breit, besteht aus achtmal übereinander gelegtem Segeltuch mit einem 5 Millimeter starken Gummiüberzug. Dieses Band ist in ununterbrochener Bewegung. Die Kohle durchläuft den ganzen Weg in 40 Minuten. Am Ende des Bandes fällt die Kohle von selbst in die Laderäume der Schiffe. In 10 Minuten wird ein 850-Tonnen-Rohr geladen. Ob der Betrieb, im ganzen genommen, sich rentieren wird, ist allerdings noch ungewiß.

Expedition zu dem tiefstehenden Volk der Erde. Eine Expedition zur Erforschung der Eingeborenen der Kalahari-Wüste im Betschuanen-Lande ist von New York abgegangen; die Leiter sind drei Anthropologen, die Doktoren C. E. Cade, Grant, H. Sohn und Paul Hoessler. Nach ihrer Ansicht sind die Bewohner des Kalahari-Urwaldes das tiefstehende Volk der Erde, und eine genaue Erforschung dieser noch wenig bekannten Stämme soll dazu beitragen, neues Licht auf die Entwicklungstheorie zu werfen. Obgleich diese Eingeborenen nicht geradezu auf Bäumen leben, führen sie doch ein Dasein, das dem der am höchsten entwickelten Völkern ähnlich ist, und sie sollen auch in ihrem Verhalten mit den Menschenaffen eine ausgeprägte Verwandtschaft besitzen. Sie sind die einzige Rasse der Erde, die bisher noch nicht das Geringste von der Kultur angenommen hat, die die Weißen zu ihnen gebracht haben.

Der glückliche Taucher. Eine der schönsten Perlen der Welt, ein leuchtendes pfauengrünes Juwel von fast zweidrittel Zoll im Durchmesser und einem Gewicht von dreißig Karat, ist von einem achtzehnjährigen eingeborenen Taucher auf einer der Gambierinseln im Südpazifik Ozean aus dem Meere heraufgeholt worden. Für diese einzigartige Perle erhielt der junge Bursche 200 000 R. Es ist gar nicht so selten, daß die Perlentäucher am Morgen aus ihren kleinen Kanus ausfahren und am Abend als wohlhabende Leute zurückkehren; aber das Glück dieses Täuchers war ungewöhnlich, denn es ist die größte und schönste Perle, die bisher in dieser Gegend gefunden wurde.

Eigene Marken für Spitzbergen. Spitzbergen, das bisher norwegische Marken hatte, erhält jetzt eine Serie eigener Marken, die den norwegischen gleichen, aber den Kaufmann „Ewald“, d. h. Spitzbergen, haben. Es sind Werte von 10, 15 und 45 Öre.

Druck-russische geistige Zusammenarbeit. Die russische Gesellschaft für geistige Zusammenarbeit mit dem Ausland hat mit einer Reihe deutscher wissenschaftlicher Gesellschaften und Institutionen den Austausch der wissenschaftlichen Arbeiten und Bücher vereinbart.

Ausbildung guter Stimmen aus Staatskosten. Das Badische Konservatorium für Musik in Karlsruhe richtet am 1. Oktober d. J. eine Theaterschule ein. Es soll dadurch der Theater eine Aufführung durch junge, am Konservatorium auszubildende Kräfte erleichtern. Die Ausbildung dauert zwei Jahre und erstreckt sich auf Gesangstechnik, Klavierunterricht, Theorie und das Studium einiger Werke aus der Opernliteratur. Das Honorar wird für den Monat nur fünf Mark betragen.

Der deutsch-englische Handelsvertrag.

Erste und zweite Lesung im handelspolitischen Ausschuss.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags legte heute die Besprechung des Gesetzentwurfs über den Handels- und Schiffsahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und England fort.

Abg. Krähig (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß dieser Vertrag, da er kein Tarifvertrag, sondern ein Meistbegünstigungsvertrag sei, alle die Waren, Halbfabrikate bzw. Rohstoffe (auch Garne), die wir von England allein beziehen können und müssen, den Sägen unseres kommenden autonomen Tarifgesetzes ausliefern. Damit werde z. B. unsere Fertigwarenindustrie in Textilien schwer benachteiligt. Der Redner fragt, wie die Regierung das verhindern wolle.

Ministerialdirektor Boffe gibt entgegenkommende Erklärungen ab. Abg. Dr. Dessauer (Z.) unterbreitet die Besorgnisse wegen unserer Textilindustrie, soweit sie die englischen Halbfabrikate brauche. Er fragt, ob nicht das Entgegenkommen gegenüber den englischen Versicherungsgesellschaften uns steuerlich und sonstwie benachteilige.

Ministerialdirektor Ritter weist darauf hin, daß unsere deutschen Versicherungsgesellschaften Wert darauf gelegt hätten, daß die Freizügigkeit des Versicherungsgeschäftes in der ganzen Welt wieder eingeführt werde; sie hätten gegen diese Vereinbarungen keine Einwendungen erhoben.

Abg. Dr. Sejeune-Jung (Dnat.) fordert Abkommen, welche eine Doppelbesteuerung von deutschen Vertretern von Handelsniederlassungen in England, wie sie jetzt in runder Weise bereits unternommen worden sei, ausschließen.

Eine längere Aussprache entspinnt sich über eine nachdrückliche Anfrage des Abg. Dr. Reichert (Dnat.) an die Regierung, wie sich die neu eingeführten englischen Zölle in Höhe von 3 1/2 Proz. mit dem Grundsatz des zweiten Abzuges des dem Vertrag angehängten Protokolls verträglich, dessen erster Satz lautet: „Innerhalb der durch diese Abmachung gezogenen Grenzen verpflichtet sich jede Partei, keine Zölle oder Abgaben aufzuerlegen, wiederaufzulegen oder beizubehalten, die für den anderen Teil besonders abträglich sind.“ Die neuen 3 1/2-prozentigen Zölle überschreiten die Grundlage des deutsch-englischen Handelsvertrages; deshalb müsse die Regierung sich bemühen, darauf hinzuwirken, daß die englische Handelspolitik mit der dem Deutschen Reich gegebenen Zusage in Einklang bleibe.

An der Erörterung beteiligten sich Ministerialdirektor Ritter, Abg. Dr. Hilferding (Soz.), Abg. Dr. v. Raumer (D. Sp.), Abgeordneter Dr. Breitscheid (Soz.) und Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.).

Der Gesetzentwurf über den deutsch-englischen Handels- und Schiffsahrtvertrag wird in erster Lesung gegen zwei Stimmen, in zweiter Lesung gegen drei Stimmen genehmigt.

Die nächste Sitzung des Ausschusses soll einberufen werden, sobald die Regierung weitere Mitteilungen zur deutsch-französischen Abmachung vom 11. Juli 1925 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbecken machen kann.

Volksbegehr in der Aufwertungsfrage. Die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-Organisationen faßte in ihrer Tagung vom 29. Juli einstimmig folgenden Beschluß: Nachdem die vom Reichstag beschlossenen Aufwertungs-Gesetze vom Reichspräsidenten trotz begründeten Protestes der Aufwertungs-Organisationen am 18. Juli 1925 unterschrieben worden sind, sieht die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-Organisationen sich gezwungen, eine endgültige annehmbare Regelung der Aufwertung im Wege d. „Volksbegehrens“ herbeizuführen. Die Vorarbeiten hierzu sind von der Arbeitsgemeinschaft bereits aufgenommen worden und werden mit möglichster Beschleunigung durchgeführt.

Konjunkturverständnis.

Man vermietet niemals Zimmer zu seinem Privatvergnügen, auch aus bloßer Menschenfreundlichkeit nicht; Zimmer werden gewöhnlich vermietet, um das Einkommen zu steigern. Früher war es so, daß das Vermieten von Zimmern freies Wohnen garantierte, heute ist es grundlegend anders, man will über die Miete hinaus verdienen. Am schlimmsten sind in dieser Beziehung die sogenannten „besseren“ Vermieterinnen (sie nennen sich selbst so), die ständig erklären, sie hätten es eigentlich nicht nötig, aber ihnen sei die Wohnung zu groß. Abgesehen davon, daß Bettwäsche und Handtücher, mit denen man die Wohnung gemietet hat, eines Tages spurlos verschwunden sind und weder durch Sirenenklänge, noch durch Drohen wiedererscheinen wollen, verfügen die Vermieter über ein ungeheures Konjunkturverständnis. Man mietet die Wohnung einschließlich Morgentee, Küchenbenutzung und Beleuchtung und muß nachher alles extra bezahlen. Daß die Wirtin außerdem täglich lobpreist, wie blüßig und komfortabel man wohne, ist selbstverständlich. Am eingehendsten zeigt sich diese Konjunkturfähigkeit, wenn die Wohnungsmieten erhöht werden. Seht der Magistrat eine Erhöhung um 6 Proz. fest, so schlägt die bessere Vermieterin sofort um 10 Proz. auf, natürlich will sie nicht dabei verdienen, sondern nur auf ihre Kosten kommen. Man schleppt Logarithmentafeln, das Einmaleins und eine Rechenmaschine zusammen, um der Wahrheit näherzukommen. Man weiß klar nach, daß die Dame bei dieser Steigerung noch 5 Mark mehr verdient. Hilft nichts, die Wirtin schleudert einen Hochblick auf das zahlende Opfer, einen zweiten, mehr melancholisch gefärbten zum Himmel und verläßt tiefgetränkt das Zimmer. Draußen hört man sie fürchterlich wirtschaften. Man erwägt, allein gelassen, ob man ausziehen soll, kommt aber schließlich zu dem Refusiat, daß dieser Vorgang eine überflüssige Übung bedeuten würde, die nächste Wirtin schlägt bestimmt 20 Proz. auf.

Immer wieder § 218!

Grausames Urteil nach einem grausamen Geschehen.

Auf der Anklagebank saß die 33jährige Hebamme B. Sie ist zu anderthalb Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in der ersten Instanz verurteilt worden — wegen Volnabtreibung in zwei Fällen und fünf versuchten Abtreibungen. Im Jahre 1920 hat sie bereits sechs Monate für ein ähnliches Verbrechen erhalten. Das Gnadenverfahren schwebt heute noch.

Als Hebamme hatte Frau B. großen Zuspruch gehabt. Im Jahre 1920 wurde sie von einer zwanzigjährigen im dritten Monate Schwangeren aufgesucht. Die Angeflogte will sie nur untersucht haben; die Folge davon war aber Unterbrechung der Schwangerschaft. Erst im Jahre 1924, als bereits alle Beteiligten die Sache vergessen hatten, wurde der Fall ruchbar. Der Stiefvater hatte sich mit seiner Frau, der Mutter des jungen Mädchens überworfen; er stand unter der Anklage, seine Stiefhüterin jahrelang mißbraucht zu haben. Nun ist er im Gefängnis. Er erstattete aber damals aus Rache Anzeige; seine Stiefhüterin wurde verurteilt, auch die Hebamme. Der zweite Fall betrifft eine Frau A. Hier entstand Feindschaft zwischen Mann und Frau. Da erstattete der Schwiegervater Anzeige gegen seine Schwiegerhüterin. So kam der Fall der vollendeten Abtreibung aus dem Jahre 1923 zur Kenntnis der Behörden. Der dritte Fall: Ein Epiphilitiker schwängerte seine Frau. Die Hebamme soll einen Abtreibungsversuch unternommen haben. Hinterher zeigte der Epiphilitiker die Frau an. Die letzten vier Fälle betreffen Hausangestellte und Hausstöchter. Sie tamen alle von außerhalb Berlins zu Frau B. Auch diese Fälle kamen zur Kenntnis der Behörden, als der Stein ins Rollen gekommen war. Sie will die

Mädchen nur untersucht haben. Das Gericht war anderer Meinung. Es stellte sich auf den Standpunkt des Vorderrichters. Es stützte sich dabei auf das Geständnis der Angeflogten selbst und der Sch. Das Gericht konnte auf Grund des § 218 zu grausamen anderthalb Jahren Zuchthaus kommen, denn für Volnabtreibungen gibt es keine mildernden Umstände. Die geringste Strafe lautet auf ein Jahr Zuchthaus. Vier Monate Unterjuchungshaft wurden der Angeflogten angerechnet. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihr gelassen. Dafür hat sie aber sechs Monate Gefängnis zu verbüßen, die vom Jahre 1920 herrühren. Der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. — Die schon grauhaarige 53jährige ehemalige Hebamme stand da mit verweinten Augen, verstört und seßungslos ob des grausamen Urteils, ein neues Opfer des § 218.

Gaswerke und Bauarbeiterstreik.

Nachtprobe der Unternehmer.

Die Berliner Städtische Gaswerke A.-G. teilt mit: Die lange Dauer des Bauarbeiterstreiks gefährdet die Gasversorgung Groß-Berlins, wenn nicht die Arbeit an den zurzeit im Umbau begriffenen und durch den Streik lahmgelegten Gaszeugungsanlagen umgehend wieder aufgenommen wird. Die im Umbau befindlichen Anlagen sollten nach den mit den Bauunternehmern geschlossenen Verträgen bereits im Oktober 1925 in Betrieb genommen werden. Die Innehaltung dieses Termins ist ausgeschlossen. Schon jetzt ist mit einer Verzögerung von mindestens vier Wochen zu rechnen, selbst wenn die Arbeit umgehend wieder aufgenommen wird. Nach den von der Berliner Städtische Gaswerke A.-G. aufgestellten Berechnungen über den veranschlagten Gasverbrauch wird sich bereits im Oktober ein Fehlbetrag von zirka sechs Millionen Kubikmeter Gas ergeben. Bei einer noch längeren Dauer des Streiks würde sich dieser Fehlbetrag im Dezember bereits auf etwa elf Millionen Kubikmeter Gas stellen. Bei dieser Sachlage muß mit einer Kontingentierung des Gasverbrauches gerechnet werden, wenn es den in Frage kommenden Stellen nicht gelingt, eine alsbaldige Fortführung der Bauten zu erreichen. Eine Kontingentierung des Gasverbrauchs würde aber eine große Gefahr für die gesamte Berliner Bevölkerung bedeuten. Insbesondere würde die Industrie stark behindert und die öffentliche Sicherheit durch verminderte Straßenbeleuchtung erheblich gefährdet werden.

Diese Auslassung der Gaswerksdirektion hört sich beinahe so an, als ob die Bauarbeiter Schuld an dem Streik sind. In Wirklichkeit waren es die Unternehmer, die den Arbeitern tarifliche Rechte vorzuentziehen, die andere Berufsgruppen längst haben. Nunmehr hat bekanntlich der Verband der Bauarbeiter die Absperrung angeordnet, um eine völlige Stilllegung aller Bauten zu erzwingen. Es kommt den Unternehmern nur auf ihre „Nachtprobe“ an, ganz gleich, welche Folgen daraus für die Öffentlichkeit entstehen. Bei dieser Rücksichtslosigkeit gegen die Interessen der Berliner Bevölkerung hat die Direktion der städtischen Gaswerke nunmehr die Pflicht, die Gasversorgung unter allen Umständen sicher zu stellen. Wenn der Wille dazu vorhanden ist, findet sich auch ein Weg.

Briefkastenräuber.

Eine Bande von Briefkastenräubern treibt wieder einmal in Groß-Berlin ihr Unwesen. Mit Vorliebe suchen sie sich die Briefkästen mit Nachlieferung aus. Wahrscheinlich sind es drei Mann, die mit Fahrrädern ausgerüstet sind. In allen Teilen der Stadt tauchen sie auf. Zwei bleiben als Beobachtungsposten an den Straßenecken stehen, der dritte fährt an den Kästen heran, öffnet entweder mit einem Ruckschüssel oder, wenn der nicht passen will, gewaltsam mit einem Stemmeisen und läßt den Inhalt in einen Kasten fallen. Der ganze Vorgang spielt sich stets so flüchtig ab, daß die Deckung durch die beiden Komplizen ist so gut, daß es selten gelingt, diese Bande einmal zu überfallen. Auf ihre Ergreifung hat die Oberpostdirektion eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen sind an die Kriminalpostdienststelle in der Königsstraße zu richten.

Großer Dachstuhlbrand im Norden Berlins.

Ein Riesendachstuhlbrand rief gestern abend mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Lyanstraße 26, wo der Dachstuhl in seiner Gesamtausdehnung lichterloh brannte. Kurz nach 10 Uhr war der Brand von Hausbewohnern bemerkt worden, die sofort die Wehr alarmierten. Bei deren Eintreffen schlugen bereits die heißen Flammen aus den Bodenlöchern, ebenso waren die Treppen stark verqualmt. Aus vier Schlauchleitungen wurde bis nach 11 Uhr ununterbrochen Wasser gegeben. Der Dachstuhl ist vollständig ausgebrannt. Die Aufräumarbeiten zogen sich bis in die Morgenstunden hinein. Die oberen Stockwerke, die eine Zeitlang gefährdet waren, haben durch die großen Wassermengen stark gelitten. Der gewaltige Feuerschein hatte trotz der späten Nachtstunden viele Passanten herbeigelockt.

Zu unserem Bericht über das Feuer auf dem Flugplatz Adlershof wird uns mitgeteilt, daß die erwähnte erste Alarmierung mit dem späteren Brand auf dem Flugplatz nichts zu tun hatte. Sie betraf vielmehr einen vermeintlichen Raubbrand in der Nähe des Platzes, stellte sich aber als eine Fehlmeldung heraus.

Das Elend der Landarbeiter.

In der Nähe von Marzahn liegt das große Rittergut Blumberg, das dem Grafen von Arnim gehört. Die hier beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden äußerst schlecht entlohnt. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, daß die Gutsverwaltung unter Diebstählen zu leiden hat. Besonders Getreide wird oft gestohlen. Das Einkommen eines landwirtschaftlichen Arbeiter-Ehepaars beträgt bei einer Arbeitszeit von 10—12 Stunden in einer Woche 9—11 Mark. Wohl bekommen die Leute freie Wohnung und jeden Monat ein Deputat von 1 Zentner Roggen und 60 bis 70 Pfund Futtergetreide; außerdem noch jeden Tag 1 Liter Milch. Für Kleidungsstücke, notwendige Reparaturen und den eigentlichen Lebensunterhalt müssen sie selbst sorgen. Das Schöffengericht Richtenberg hatte sich kürzlich mit einem Diebstahl auf diesem Rittergut zu beschäftigen. Angeklagt wegen schweren Einbruchsdiebstahls waren vier Ehepaare und ein Müller, dem Hehlerei zur Last gelegt wurde. Die Leute, die teilweise zugeben, den Gutsverwalter mehrere Zentner Roggen entwendet zu haben, behaupten, dies aus Not getan zu haben. Im übrigen sei es auch ein offenes Geheimnis in Blumberg, daß die Arbeiter wegen ihrer schlechten Entlohnung an allen Ecken und Enden stehen, um sich einigemmaßen über Wasser halten zu können. Der Müller hatte das gestohlene Getreide angekauft. Der Arbeiter W. erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Arbeiter R. 3 Monate, seine Ehefrau 5 Monate. Die Ehefrau des Arbeiters L. erhielt 3 Monate. Der Arbeiter S. 6 Monate, seine Frau 5 Monate Gefängnis. Der Müller kam mit 6 Monaten Gefängnis davon. Sämtlichen Verurteilten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren aberkannt.

1130000 Sonntagsgäste auf der Stadtbahn.

Das Ergebnis der Verkehrsabzählung auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn am Sonntag, den 5. Juli, belief sich trotz des regnerischen Wetters auf 1130000 Reisende. Es bleibt hinter der bei der Zählung am Mittwoch, den 6. Mai d. J., festgestellten Gesamtzahl von 1238640 Fahrgästen nicht wesentlich zurück. Es ist jedoch als sicher anzunehmen, daß bei günstigem Wetter die Sonntagszählung am 5. Juli mehr als 2000000 Reisende ergeben hätte. Die Zählung am Sonntag, den 5. Juli, erreichte ihre Höchstzahl von über 100000 nach Berlin zurückkehrenden Fahrgästen in der Zeit von 9 bis 10 Uhr abends. Die Abendstunde von 10 bis 11 Uhr blieb nicht viel hinter dieser Zahl zurück. (Die Höchstzahl am Werktag, dem 6. Mai, war 136000 in der Stunde von 4 bis 5 Uhr nachmittags, also nach

Geschäftsfluß.) Auf Bahnhof Oranienburg betrug die Zahl der am 5. Juli abgefahrenen Reisenden 28000 gegenüber 8300 am 6. Mai dieses Jahres. In Nikolassee und Wannsee wurden zusammen 28400 Reisende gezählt, während an einem sehr heißen Wochentage im Juli auf dem Bahnhof Nikolassee allein 87000 Reisende gezählt wurden.

Behördlicher und freiwilliger Wafferschutz.

Der Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Reinickendorf, schreibt uns: Am vergangenen Sonntag erkrankte im Freibad Tegelersee an der Scharinger Enge ein junger Mann. Sofortige Rettungsversuche von Rettungsschwimmern des Arbeiter-Samariter-Bundes und Bewohnern der dortigen Zellstadt blieben ohne Erfolg. Der Reichswafferschutz, welcher sofort telephonisch verständigt wurde, erschien erst nach 1 1/2 Stunden. Die Versuche, den Ertrunkenen zu bergen, scheiterten zunächst daran, daß die Rettungsleine dreimal riß. Selbst wenn der Reichswafferschutz gleich zur Stelle gewesen wäre, so wäre der Erfolg eines Wiederbelebungsversuches durch das dauernde Zerreißen der Leine in Frage gestellt, da dadurch zu viel Zeit verloren ging. Wie kann es vorkommen — so fragt der WSB —, daß das Rettungsmaterial des Reichswafferschutzes sich in einem so schlechten Zustande befindet, daß es zur Rettung Verunglückter unbrauchbar ist? Durch diesen Vorfall ist aber auch erneut bewiesen, daß der Reichswafferschutz auf dem Tegeler See zu schwach ist, sonst müßte er schneller zur Stelle sein. Warum läßt es sich nicht ermöglichen, daß auf jedem Boot des Reichswafferschutzes ein Arzt anwesend ist? Zweck dieses Schreibens soll sein, die vorgelegte Dienstbehörde des Reichswafferschutzes darauf aufmerksam zu machen, daß der Dienst auf den Gewässern rund um Berlin unbedingt verstärkt werden muß. Ohne die freiwillige Mithilfe von Privatpersonen wären zwei Beamte eines Rettungsbootes gar nicht in der Lage, erfolgreiche Bergungsversuche zu unternehmen. — Zum Schluß noch ein Appell an unsere lieben Mitmenschen: Wir sind jedem dankbar, welcher uns bei den nötigen Absperrungen behilflich ist, Unberufene von der Unfallstelle fernzuhalten, so daß wir unbehindert arbeiten können.

„Voll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Durch Obstreste verunglückt. Gestern abend stürzte ein etwa 23jähriger Arbeiter auf der Treppe des Bahnhofs Tempelhofer Hof durch weggeworfene Obstreste und blieb besinnungslos mit einer schweren Gehirnerschütterung liegen. Da er keinerlei Papiere bei sich hatte, konnte seine Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden. Er wurde bewußtlos zum Urban-Frankenhaus gebracht.

Das Universitätsambulatorium für Stimm- und Sprachstörungen, Luisenstraße 13, früherer Leiter Dr. Junzkeg, jetziger Leiter Dr. Gühmann, bleibt vom 10. August bis 20. September wegen Renovierungsarbeiten geschlossen.

Der Verband Preussischer Polizeibeamter e. V. veranstaltet am Dienstag, 11. August im Lunapark ein Sommerfest und am folgenden Tage ein Kinderfest im selben Lokal. Der Feiertag ist besonders für die Witwen und Kinder der im Dienste tödlich verunglückten Kameraden bestimmt. Das Fest beginnt an beiden Tagen um 3 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gesellschaftslokale: Berlin S. 14, Gebelstraße 37/38, Hof 2 Nr. 1.
Ortsgruppe Tempelhofer Hof, Morgen-Sonnenbad, abends 1/2 8 Uhr. Zutreten am Bahnhof zum Empfang der auswärtigen Gäste. Anschließend Podiumsgespräch. Quartierverteilung 1/2 10—10 Uhr bei Groß-Schulzenborfer Straße 73/74.

Gewerkschaftsbewegung

Ein bedeutsames Gewerkschaftsbündnis.

Der vom Vorsitzenden des Deutschen Verkehrsbundes, Reichstagsabgeordneten Genossen Schumann auf dem gegenwärtigen in Frankfurt a. M. stattfindenden Verbandstage der Gemeinde- und Staatsarbeiter erwähnte Kartellvertrag ist jetzt näher bekannt geworden. Beteiligt sind dabei: der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten, der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und der deutsche Verkehrsbund. Die einzelnen Bestimmungen des Gegenseitigkeitsvertrages sind sachlich nüchtern, der Vertrag als Ganzes nichtsdestoweniger bedeutsam.

Zweck des Vertrages ist eine wirksame gemeinsame Interessensvertretung. Außer der direkten wirtschaftlichen und sozialen Interessensvertretung der Mitglieder der beteiligten Organisationen erstreckt sich die Zusammenarbeit auf die Aufstellung und Verfechtung allgemeiner Grundzüge auf dem Gebiete der Lohn- und Gehaltspolitik und des sozialen Arbeitsrechts.

Die Bewegungen zur Verbesserung der Befoldung und Entlohnung, zur Verkürzung der Arbeitszeit bzw. der Dienstschichten sollen im engsten Einvernehmen miteinander geführt, wie auch alle Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet getroffen werden.

Bei Abwehrbewegungen unterstützen sich die Organisationen nach Kräften moralisch und, soweit es die Verhältnisse gestatten, auch finanziell nach den Grundzügen gewerkschaftlicher Solidarität. Alle wichtigen organisatorischen Veränderungen, beschlossene Änderungen der Organisationsform, des organischen Aufbaues und Ausbaues der Organisationen werden gemeinsam beraten, ehe eine Beschlussfassung erfolgt.

Die Funktionäre der Organisationen sind verpflichtet, sich in der Agitation innerhalb ihrer Agitationsgebiete tatkräftig gegenseitig zu unterstützen; bei der Abwehr gegnerischer Angriffe leisten sie sich gegenseitig Hilfe.

In den Orten, wo eine der Organisationen Angestellte oder aktive Funktionäre nicht besitzt, sind die Angestellten bzw. Funktionäre der anderen Organisationen verpflichtet, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, soweit es die Verhältnisse gestatten.

Die Beiträge und Unterstützungsleistungen sind möglichst nach gleichen Bedingungen und Sätzen auszugestalten.

Die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen der Organisationen sind gehalten, im Sinne der Vereinbarung und im Geiste brüderlicher Kameradschaft zusammen zu arbeiten. Abmachungen und Vereinbarungen, die über das Vorstehende hinausgehen, dürfen von den Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen nur im Einvernehmen mit den Verbandsvorständen getroffen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft soll in weiterer Auswirkung die Organisationen näher zusammenführen, um gegebenenfalls eine engere organisatorische Bindung vornehmen zu können. Weitere Organisationen, insbesondere die der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, sowie des Verkehrs können in der Gemeinschaft Aufnahme finden, sobald die Voraussetzungen zur Erfüllung vorhanden sind.

In einem besonderen Vertrag sind Richtlinien für die Agitation festgelegt, um Grenzstreitigkeiten unter allen Umständen zu vermeiden.

Der Streit um die Organisationsform ist hier auf dem einzig möglichen und zielsicheren Wege der gegenseitigen Verständigung gelöst. Die Organisationen des öffentlichen und privaten Verkehrs wollen sich keineswegs gegen die übrigen Organisationen abschließen. Sie lassen vielmehr allen übrigen Organisationen der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Verkehrs den Weg zum Anschluß offen, um zu gegebener Zeit sich als

Einheitsorganisation des Verkehrs im weitesten Sinne zusammenzuschließen. Die Dinge sind im Fluss, der Weg ist offen und das Ziel ist klar.

Einigung im Fuhrgewerbe.

Erneute Verhandlungen zwischen dem Verkehrsband und der Fuhrerinnen-Innung am gestrigen Tage haben zu einer Vereinbarung geführt, die über den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch für das Fuhrer- und Leichtfuhrergerwerbe hinausgeht. Der Grundlohn wird um weitere 2 M., d. h. von 47 auf 49 M. pro Woche erhöht. Kutscher und Chauffeure erhalten außerdem 4 M. pro Woche für Pferdepflege und Wagenwaschen. Für Sonntagspferdepflege und dergleichen wird pro Stunde 1 M. gezahlt. Falls sich die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten erstmalig am 15. September d. J. oder später um mehr als 5 Proz. gegenüber dem Durchschnitt des Monats Juli 1925 verändert hat, tritt eine Erhöhung oder Ermäßigung der obigen Lohnsätze im Verhältnis der Indexveränderung ein.

Diese Vereinbarung unterliegt noch der Zustimmung der heutigen Versammlung der Kutscher, doch ist damit zu rechnen, daß ihr die Versammlung zustimmen wird.

Kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Bogum, 6. August. (Rth.) Während man bisher fast ausnahmslos von Betriebsbeschränkungen im Bergbau hört, teilt die Bergleitung der Kambacher Hütte mit, daß im Laufe der nächsten Woche drei der außer Betrieb befindlichen fünf Martinöfen wieder angeblasen werden sollen.

Bei den ganzen Stilllegungsaktionen im Ruhrgebiet ist jeweils zweifelhaft, ob und inwieweit sie durchaus unvermeid-

lich sind, oder ob es sich nicht um vorübergehende Maßnahmen zu bestimmten Zwecken handelt. Die Erklärung ist im Einzelfalle natürlich nur nach genauer Prüfung möglich. Immerhin, es scheint System in den Feierschritten, Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen zu liegen. Unter dem Druck der teils zwangsweisen, teils willkürlich herbeigeführten Verhältnisse sucht das Unternehmertum die Arbeiterschaft zu bestimmen, ihren Widerstand gegen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung aufzugeben, weiter aber die Regierung zu veranlassen, die Absichten der Unternehmer zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Kürzung der Löhne zu begünstigen und den Profilitereisen des Unternehmertums außerdem entgegenzukommen auf dem Wege der Besteuerung, der „sozialen Lasten“ und womöglich durch Subventionen.

Wenn ein Werk erst fünf Defen ausgehen läßt und dann zunächst wieder drei in Betrieb nimmt, drängt sich doch die Frage auf, ob es überhaupt notwendig war, die fünf Defen außer Betrieb zu setzen. Auf jeden Fall müßte den Betriebsleitungen bei ihren Drosselungsaktionen etwas mehr auf die Finger gesehen werden.

Der Achtstundentag in Ostoberschlesien. Beendigung des Kampfes in der Hüttenindustrie.

Breslau, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitskonflikt in der ostoberschlesischen Hüttenindustrie, der zur Stilllegung größerer Werke, wie der Bismarckhütte, Salzhütte, Baldonhütte usw. geführt hatte, ist durch eine Verordnung des polnischen Arbeitsministers gestern beigelegt worden. Die polnische Regierungsvorordnung führt den Achtstundentag für die ostoberschlesische Metallindustrie wieder ein, wenn auch in Etappen. Die Einführung beginnt bereits am 10. August. Sie wird jetzt auch von der polni-

schen Regierung als ein Mittel angesehen, um der steigenden Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien entgegenzuwirken. Ein Betriebsrätekongreß der ostoberschlesischen Gewerkschaften ohne Unterbrechung der Rationalität beschloß den Abbruch der Kampfmaßnahmen infolge dieses Entgegenkommens der polnischen Behörden.

Urabstimmung der belgischen Metallarbeiter.

Brüssel, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des belgischen Metallarbeiterverbandes beschloß, den neuen Kompromißvorschlag des paritätischen Schiedsgerichts zur Beilegung des großen belgischen Metallarbeiterstreiks der Urabstimmung der Verbandsmitglieder zu unterbreiten.

Vermeidung des Streiks im amerikanischen Bergbau?

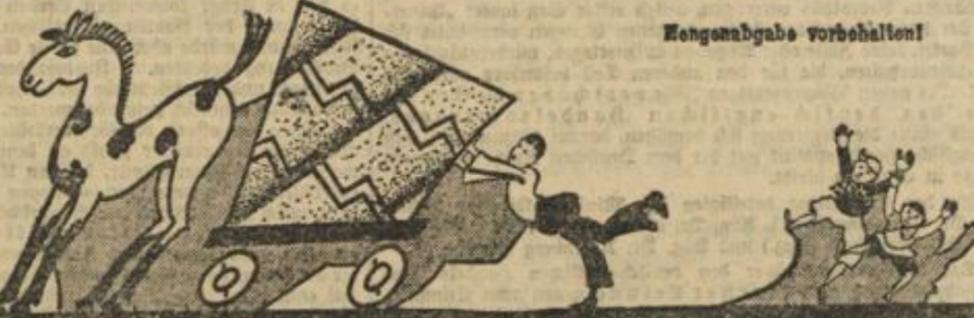
New York, 7. August. (Ill.) Die Vertreter der amerikanischen Kohlenbergarbeiter erklärten sich in einem Brief an die Arbeitgeber zu weiteren Verhandlungen bereit. Die Regierungstreue glauben daher, daß es bei entgegenkommender Haltung der Arbeitgeber möglich sei, einen Streik zu verhindern. Auch Coolidge glaubt an Beilegung des Konfliktes.

Cecil verdirbt den Subventions-Appetit.

London, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Schluß der Unterhausdebatte über die Subventionen für die Grubenindustrie erklärte Lord Cecil im Namen der Regierung, daß weitere finanzielle Unterstützungen unter keinen Umständen bewilligt werden würden.

Verantwortlich für Politik: Graf Meuter; Wirtschaft: Felix Estermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Opatow; Sozialisten: Dr. John Schlotmann; Sozialen und Sonstigen: Fritz Rühl; Anzeigen: E. Glöck; Druck: Schmidt in Berlin. Verlag: Gornitz-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Gornitz-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.

Volkstümlicher VERKAUF



Mengenabgabe vorbehalten!

Damen-Wäsche

- Damen-Hemden und Bekleider 1 00
- Hemdhoosen moderne Windform 1 05
- Prinzessröcke mit Stickerei garniert 2 25
- Nachthemden Schlepform, Stück von 2 95
- Untertaillen mit Stickerei garniert, 65
- Frottierhandtücher 95
- Hemden für Mädchen, gut Stoff 95
- Hemden für Knaben, Matrosen- 1 10
- Beinkleider f. Mädchen, m. Stöcke 1 45

Taschentücher für Damen 30, 25, 18 Pf.

- Damen-Schlüpfer B'wolle, fgr., m. 95
- Damen-Schlüpfer Kanatseide, grosses 2 75
- Strümpfe für Damen, B'woll, Doppelsohle 58
- Strümpfe für Damen, feine Mussel-Qual. 95
- Strümpfe für Damen, echt ägypt. Mako, eleg. 1 45
- Strümpfe für Damen, Pa. Seidenflor, feine u. 1 75

Leder-Spangenschuhe 3 90
Damen-Halbschuhe 8 90

- Hafthalter aus weissem u. farbigem Dreil. 1 75
- Gürtelkorsette aus farbigem Körper 75
- Strumpfhalter-Gürtel lich. Dreil. 85

Damen-Schürzen 85, 1 25, 1 45
Kinder-Schürzen 95, 1 25, 1 45

- Spitzen maschinen-gekoppelt, 4 cm 5 cm 6 cm 15, 20, 25
- Wäschestickereien mittelbreit, 52
- Hemdenpassen aus Klappelpappe, mit Bohlsaum 85
- Mod.Blusenkragen aus Opal, mit Spitze garniert 95

Gezeichn. Decken, Läufer und Kissen 95 Pf.

- Damen-Hüte**
- Mod. Filzcapeline geflocht, in vielen 5 90
- Samtcapeline grosse Form, ge- 10 75
- Samthut kleine feine Form, mit 5 90
- Mod. Filzhüte in vielen Farben 4 50

Damen- u. Kinder-Bekleidung

- Kleider aus gemästert, baumwollenen 2 95
- Kleider aus Crêpe- und Trikoline- 9 75
- Mäntel aus einfarbigen u. gestreiften 4 95
- Spielhöschen aus solidem 1 95
- Kostümröcke gestreift 1 75
- Kasak aus solidem Crêpestoff, mit 2 95
- Kasak aus solidem Foulardine- 4 75
- Kittel für Knaben u. Mädchen, 95

Wäschstoffe Kleiderstoffe

- Musseline (mit Meter 68 Pf. 85
- Salinets 80 cm breit, für Schürzen und Kleider, Meter 95
- Crêpe marocain für Kleider, neue Muster Meter 1 25
- Satin bedruckt, 100 cm breit Meter 1 65
- Wolltaffet einfarbig, Doppeltbreit, für leichte Kleider, Mtr. 2 45
- Velours de laine reine Wolle, gestreift, 100 cm breit Meter 2 90
- Bastseide naturfarbig, reine Seide, 80 cm breit Meter 2 90
- Köpervelvet schwarz, 70 cm breit, für Kleider Meter 5 90

Foulardine 1 95 100 cm breit, in modernen Musterstellungen, Meter

- Hemdentuch kräftige Qualität Meter 62
- Renforcé 80 cm breit, guter Wäschstoff Meter 85
- Louisanatuch 80 cm breit, für Leib- und Bettwäsche, Mtr. 75
- Louisanatuch 130 cm breit, für Deckbettbezüge Meter 1 45

Handtücher

- Küchenhandtücher Gerstenkorn, mit roter Kante, 40/100 Stück 65
- Stubenhandtücher gutes Dreilgewebe, Größe 40/100 Stück 85
- Wischtücher kariert, Größe 40/45 Stück 35
- Frottierhandtücher Größe 40/100, Waffelgewebe Stück 95

Kaffeedecken 95 Pf. kariert gewebt, Größe 80x80 Stück
Künstlerdecken 1 75 neue Druckmuster, Größe 80x80 Stück

Porzellan- und Wirtschaftsartikel

- Kaffeesevice 9 tlg., 6 Personen 4 75
- Tafel-service 22 tlg., 6 Personen 9 75
- Küchengeräte 2 tlg., 2 Personen 2 75
- Rüseglocken Glas gepreest 75
- Butterdosen Glas gepreest 28

Kelche zu enorm billigen Preisen

- Tassen mit Untertassen gerippt, m. Goldrd., Porzellan 35
- Tassen mit Untertassen weisse Porzellan 10
- Tassen mit Untertassen Porzellan, mit Handdekor 35

- Emaille-Wasserelmer 95
- Emaille-Spülwanne 95
- Alumin.-Maschinentopf 85
- Alumin.-Stielkasserolle 75
- Holztafelt gute Ausführung 95
- Aermelplättchen bezogen 75
- Waschbecken mit Selbst- 95
- S.-S.-S.-Konsole mit Holz- 50
- Wirtschaftswage 10 kg 1 75
- Kaffeemühle gutes Werk 2 25
- Schneerädchen 25
- Likörkelche innen vergoldet 85

- Aluminium-Teelöffel 5, 8
- Aluminium-Esslöffel 10, 15
- Brotkasten fein lackiert 2 95
- Gasplatten veralckelbe Garatir 6 90

Herren - Artikel

- Oberhemden Parkoi, gute Qualität 4 90
- Hosenträger guter fester Gummi, mit 95
- Rips-Sportkragen 3 Stück 90

Selbstbinder 95 Pf. grosse, offene Form in schickstem Muster

- Herren-Filzhut in neuesten Farben und Formen 3 25
- Sportmützen für Herren u. Knaben, in 95
- Schirme für Damen und Herren, gute Körper- 3 90

Taschentücher für Herren 40, 25, 20 Pf. Linon, mit Kordekkante

- Herren-Socken Strapazierqualität, weisheit, wollhaltig 48
- Herren-Socken Baumw., Doppelsohle und Hochterse, farbig 68
- Schweisssocken weiche Qualität, wollw., gr. mol. 78
- Herren-Socken Kanatseide plattiert, 1 85
- Herren-Hemden und Hoson, makotbg., Gr. 4-6, Stück 1 95
- Herren-Hemden u. Hoson, makotbg., Gr. 4-6, pr. Qualität, St. 2 90
- Einsatzhemden f. Herren, weisse W. Zephr- 1 95

Halbschuhe u. Stiefel 12 50 für Herren, in Braun und Schwarz, gute Qualität, moderne Formen

Kinder-Stiefel 5 50 schwarz, zum Strapazieren, bequeme Form, 27-31

Gardinen

- Halbstores mit Kinnstaaen 1 75 2 50 3 50
- Garnituren steifig 3 75 6 50 8 75
- Bettdecken 1 bettig, engl. Tall 3 95 4 50 6 25
- Bettdecken 2 bettig, Etamin 8 75 10 50 12 50

Etamin 90 Pf. ca. 150 cm breit Meter

Vorlagen u. Decken

- Vorlagen 40x80 50x100 60x120 70x140 80x160 1 95 2 95 4 25 5 90 9 50
- Vorlagen Tapestry, moderne Muster 4 90
- Tischdecken Kochelleinen 3 95 4 85
- Diwanddecken schöne Muster 9 75 14 75

Messing-Portierengarnitur 2 45 rein Messing 30 x 150 cm